

JOHANNES SCHLICHTE

Die Grundlage der
Zwangsvollstreckung
im polnischen Recht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

144

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

144

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Johannes Schlichte

Die Grundlage der
Zwangsvollstreckung im
polnischen Recht

Mohr Siebeck

Johannes Schlichte, geboren 1972; Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen, Dresden, Paris-Nanterre (Maîtrise en Droit 1996) und Freiburg i.Br.; 2004 Promotion in Frankfurt/Oder; seit 2003 Rechtsanwalt in Berlin.

978-3-16-158498-5 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148642-0

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Diese Abhandlung lag der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) im Sommersemester 2003 vor und wurde von ihr im Wintersemester 2004/2005 als Dissertation angenommen. Für die Drucklegung habe ich das Manuskript Anfang Februar 2005 abgeschlossen. Die zum 20. Januar 2005 in Kraft getretenen Änderungen des Familien- und Betreuungsgesetzbuches sowie die zum 5. Februar 2005 in Kraft getretenen Änderungen des Zivilverfahrensgesetzbuches sind in dieser Arbeit bereits berücksichtigt. Im Übrigen geht die Arbeit vom Gesetzesstand zum 31. Dezember 2004 aus. Rechtsprechung und Literatur habe ich, soweit möglich, noch bis Ende 2004 berücksichtigt.

Mein herzlicher Dank gilt vor allem meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Stephan Breidenbach, für seine engagierte Betreuung meines Dissertationsvorhabens. Dem Zweitberichterstatter, Herrn Prof. Dr. Karl Riesenhuber, danke ich für seine weiterführenden Hinweise.

Besonderer Dank gebührt außerdem zahlreichen polnischen Praktikern für ihre außergewöhnliche Hilfsbereitschaft. Stellvertretend für all diejenigen polnischen Richter, Notare, Gerichtsvollzieher sowie Mitarbeiter von Rechtsabteilungen und Behörden, die namentlich nicht genannt werden wollen, danke ich an dieser Stelle Herrn Notar Dr. Adam Bieranowski, Białystok, für zahlreiche wertvolle Hinweise zur polnischen Rechtspraxis.

Meinen Eltern danke ich für die Durchsicht des Manuskripts und ihre stete interessierte Anteilnahme an meiner gesamten Ausbildung und meiner Promotion. Zu danken habe ich auch Herrn Rechtsanwalt Dr. Ulrich Schaarschmidt, Braunschweig, für zahlreiche wertvolle kritische Anmerkungen. Frau Sandra Daniel und Frau Petra Kohlhasse, beide Berlin, danke ich für ihre unschätzbare und geduldige Hilfe bei der Formatierung der Druckfassung.

Den Herausgebern danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe. Besonderen Dank schulde ich schließlich der Studienstiftung des deutschen Volkes für die großzügige materielle und ideelle Förderung meines Studiums und meiner Promotion.

Berlin, im Februar 2005

Johannes Schlichte

Inhaltsübersicht

Einleitung und Überblick

§ 1 Einführung in die Thematik.....	1
§ 2 Normativer Standort der Regelungen.....	4
§ 3 Rechtswirklichkeit der Zwangsvollstreckung.....	15
§ 4 Gesetzgeberische Aktivitäten in jüngerer Zeit.....	18
§ 5 Fragestellung, Methode und Gang der Untersuchung.....	21

Erster Teil Der vollstreckbare Titel

§ 1 Allgemeines.....	29
A. Begriff des vollstreckbaren Titels.....	29
B. Inhalt des vollstreckbaren Titels.....	32
C. Übersicht über die Arten von vollstreckbaren Titeln.....	36
§ 2 Der gerichtlichen Klausel bedürftige Titel.....	38
A. Vollstreckbare Titel von inländischen Gerichten.....	38
B. Vollstreckbare Titel von inländischen Schiedsgerichten.....	110
C. Notarielle Urkunden mit Unterwerfungserklärung.....	114
D. Sonstige vollstreckbare Titel.....	149
§ 3 Einer anderen Klausel bedürftige vollstreckbare Titel.....	224
A. Aus dem Verfahren vor dem Berufungsausschuss.....	224
B. Aus dem Verfahren vor dem Vermögensausschuss.....	227
§ 4 Nicht klauselbedürftige vollstreckbare Titel.....	228
A. Vollstreckbare Titel von inländischen Gerichten.....	228
B. Sonstige vollstreckbare Titel.....	241
C. Vollstreckbare Titel über eine Unterlassungspflicht.....	252
D. Einordnung der nicht klauselbedürftigen Titel.....	253
§ 5 Erforderlichkeit der Klausel <i>de lege ferenda</i>	256

Zweiter Teil Die Vollstreckungsklausel

§ 1 Begriff.....	260
A. Formale Vorgaben.....	260
B. Inhaltliche Vorgaben.....	262
C. Funktionelle Vorgaben.....	263
D. Ergebnis.....	268
§ 2 Das Klauselerteilungsverfahren auf Antrag.....	270
A. Antragstellung.....	270
B. Formale Vorprüfung des Antrags.....	281
C. Allgemeine Voraussetzungen für die Klauselerteilung.....	282

D. Voraussetzungen für die titelergänzende Klausel.....	287
E. Voraussetzungen für die titelübertragende Klausel	300
F. Entscheidung über die Klauselerteilung	344
G. Anbringung der Vollstreckungsklausel auf dem Titel	349
§ 3 Das Klauselerteilungsverfahren von Amts wegen.....	354
§ 4 Klauselerteilung durch andere Organe	357

Dritter Teil Die Ausstellung mehrerer Vollziehungstitel

§ 1 Die Ausstellung weiterer Vollziehungstitel	358
§ 2 Die erneute Ausstellung des Vollziehungstitels.....	362

Vierter Teil Zusammenfassung der Ergebnisse

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV

Einleitung und Überblick

§ 1 Einführung in die Thematik	1
§ 2 Normativer Standort der Regelungen	4
A. Rechtsgrundlagen	4
B. Terminologie und Abgrenzung zu anderen Verfahren	6
C. Ziel und Anwendungsbereich der Zwangsvollstreckung	8
D. Regelungssystematik und Ablauf des Verfahrens	11
E. Bedeutung der Grundlage der Zwangsvollstreckung	13
§ 3 Rechtswirklichkeit der Zwangsvollstreckung	15
§ 4 Gesetzgeberische Aktivitäten in jüngerer Zeit	18
§ 5 Fragestellung, Methode und Gang der Untersuchung	21
A. Fragestellung	21
B. Exkurs: Leitlinien der empirischen Untersuchung	22
I. Motivation der empirischen Untersuchung	22
II. Methode der empirischen Untersuchung	23
1. Auswahl der Adressaten und des Mediums der Umfrage	23
2. Inhalt der verwendeten Fragebögen	24
3. Rücklauf und Umgang mit den Ergebnissen	25
C. Gang der Untersuchung	26

Erster Teil Der vollstreckbare Titel

§ 1 Allgemeines	29
A. Begriff des vollstreckbaren Titels	29
B. Inhalt des vollstreckbaren Titels	32
I. Erforderlicher Inhalt	33
1. Gegenstand der zu vollstreckenden Forderung	33
a) Vollstreckungsfähiger Inhalt	33
b) Bestimmtheit	33
2. Parteibezeichnung	35
II. Fakultative Elemente	35
C. Übersicht über die Arten von vollstreckbaren Titeln	36
§ 2 Der gerichtlichen Klausel bedürftige Titel	38
A. Vollstreckbare Titel von inländischen Gerichten	38
I. Gerichtliche Entscheidungen	38
1. Entscheidungen in Zivilsachen	39
a) Urteile	39
(1) Allgemeine Anforderungen	39

(2) Rechtskraft.....	42
(3) Vorläufige Vollstreckbarkeit.....	44
(a) Vorläufige Vollstreckbarkeit kraft Gesetzes	45
(b) Vorläufige Vollstreckbarkeit kraft gerichtlicher Anordnung	48
(α) Voraussetzungen.....	49
(β) Hinderungsgründe.....	54
(γ) Beschluss über die Anordnung	58
(c) Vollstreckungsschutz	59
(α) Bei vorläufiger Vollstreckbarkeit kraft Gesetzes	59
(β) Bei vorläufiger Vollstreckbarkeit kraft gerichtlicher Anordnung	63
(γ) Beschluss über die Anordnung	65
(d) Ende der vorläufigen Vollstreckbarkeit	65
b) Beschlüsse	66
(1) Beschlüsse aus dem prozessualen Verfahren	66
(2) Beschlüsse aus dem nichtprozessualen Verfahren.....	70
(3) Beschlüsse aus dem vorläufigen Rechtsschutzverfahren.....	73
(4) Beschlüsse aus dem Zwangsvollstreckungsverfahren.....	77
c) Zahlungsbefehle	81
2. Entscheidungen in Strafsachen	84
II. Gerichtliche Vergleiche	85
1. Gerichtliche Vergleiche in Zivilsachen.....	86
a) Rechtsdogmatische Einordnung des gerichtlichen Vergleichs.....	86
b) Voraussetzungen des Vergleichsschlusses.....	90
(1) Gerichtliches Verfahren.....	90
(2) Parteien.....	91
(3) Allgemeine Prozesshandlungsvoraussetzungen	92
(4) Allgemeine materiellrechtliche Wirksamkeits voraussetzungen	93
c) Formale Anforderungen.....	93
d) Inhaltliche Anforderungen.....	93
(1) Vergleichsfähigkeit	94
(2) Verfahrenszusammenhang	94
(3) Prozesshandlungen	96
(4) Gegenseitiges Nachgeben	97
e) Kein Widerspruch des Gerichts	98
(1) Allgemeine Prüfungsmaßstäbe.....	101
(2) Besondere Prüfungsmaßstäbe	102
(3) Rechtspolitische Würdigung	103
f) Besondere Anforderungen hinsichtlich der Vollstreckungsfähigkeit.....	104
g) Rechtskraft des Einstellungsbeschlusses	105
h) Nachträgliche Beseitigung des Vergleichs	106
2. Gerichtliche Vergleiche in Strafsachen.....	110
B. Vollstreckbare Titel von inländischen Schiedsgerichten	110
I. Schiedsurteile	111
II. Schiedsvergleiche	113
C. Notarielle Urkunden mit Unterwerfungserklärung	114
I. Rechtsdogmatische Einordnung der Unterwerfungserklärung.....	116

II.	Allgemeine Anforderungen an die Unterwerfungserklärung.....	121
1.	Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen	121
2.	Formale Anforderungen	123
3.	Inhaltliche Anforderungen.....	124
a)	Notwendiger Inhalt.....	124
	(1) Erklärung des Schuldners	124
	(2) Angabe der zu vollstreckenden Leistung	125
	(3) Angabe des zugrunde liegenden Rechtsverhältnisses	125
	(4) Angabe der Parteien	126
b)	Fakultative Elemente.....	127
	(1) Beschränkungen der Vollstreckbarkeit	127
	(2) Bedingungen für die Vollstreckbarkeit.....	129
	(3) Angabe der Rechtsgrundlage	130
4.	Bestehen der titulierten Forderung.....	130
a)	Allgemeines.....	130
b)	Unterwerfung wegen künftiger Forderungen.....	131
5.	Erforderlichkeit der Mitwirkung des Gläubigers	133
6.	Erforderlichkeit der Zustimmung des Ehegatten	138
III.	Besondere Anforderungen die Unterwerfungserklärung	138
1.	Unterwerfung nach Art. 777 § 1 Nr. 4 ZVGB	139
2.	Unterwerfung nach Art. 777 § 1 Nr. 5 ZVGB	145
3.	Unterwerfung nach Art. 777 § 1 Nr. 6, § 3 ZVGB.....	147
D.	Sonstige vollstreckbare Titel.....	149
I.	Vergleiche vor dem Geodäten über die Grenzermittlung.....	149
II.	Bankvollstreckungstitel.....	152
1.	Überblick über die Gesetzgebungsgeschichte.....	153
2.	Voraussetzungen für die Ausstellung von Bankvollstreckungstiteln.....	155
a)	Grundlage des Bankvollstreckungstitels.....	156
b)	Aussteller des Bankvollstreckungstitels	156
c)	Vollstreckungsschuldner	158
	(1) Bankvollstreckungstitel gegen persönliche Schuldner.....	159
	(2) Bankvollstreckungstitel gegen Sicherungsgeber	164
	(3) Bankvollstreckungstitel gegen Schuldübernehmer.....	167
	(4) Bankvollstreckungstitel gegen Gesamtrechtsnachfolger	173
	(5) Bankvollstreckungstitel gegen den Ehegatten des Schuldners	178
d)	Unterwerfungserklärung	179
	(1) Erforderlichkeit	179
	(2) Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen	181
	(3) Formale Anforderungen.....	182
	(4) Inhalt der Unterwerfungserklärung des persönlichen Schuldners	183
	(5) Inhalt der Unterwerfungserklärung des Sicherungsgebers.....	189
	(6) Mitwirkungs- und Zustimmungserfordernisse	190
e)	Zu vollstreckende Forderung	191
f)	Ausschluss der Berechtigung der Bank zur Ausstellung des Titels	195
3.	Formale und inhaltliche Anforderungen an den Titel	196
a)	Bankvollstreckungstitel gegen persönliche Schuldner	196

b) Bankvollstreckungstitel gegen Sicherungsgeber.....	199
c) Bankvollstreckungstitel gegen Rechtsnachfolger.....	201
4. Ausstellung mehrerer Bankvollstreckungstitel	202
5. Kritische Würdigung des Rechtsinstituts „Bankvollstreckungstitel“	203
6. Reformvorschläge	207
III. Vollstreckbare Titel aus dem Bereich des Arbeitsrechts.....	210
1. Vor betrieblichen Schlichtungsausschüssen geschlossene Vergleiche	210
2. Vom Gesellschaftlichen Schlichtungsausschuss stammende Titel.....	211
IV. Plan für die Verteilung des Haftungsbeschränkungs fonds.....	211
V. Vollstreckbare Titel aus dem Bereich des Insolvenzrechts	212
1. Aus dem Insolvenzverfahren	212
a) Auszüge aus der Forderungsliste	212
b) Auszüge aus der Forderungsliste mit weiteren Urkunden	214
2. Aus dem Bankvergleichsverfahren	217
VI. Vergleiche über Bergschäden.....	217
VII. Andere Entscheidungen über zivilrechtliche Forderungen.....	218
§ 3 Einer anderen Klausel bedürftige vollstreckbare Titel	224
A. Aus dem Verfahren vor dem Berufungsausschuss	224
I. Voraussetzungen.....	224
II. Rechtspolitische Bewertung.....	226
B. Aus dem Verfahren vor dem Vermögensausschuss.....	227
§ 4 Nicht klauselbedürftige vollstreckbare Titel.....	228
A. Vollstreckbare Titel von inländischen Gerichten	228
I. Zahlungsbefehle als Sicherheitstitel	229
II. Aufträge zur Einweisung des Zwangsverwalters.....	230
III. Beschlüsse aus dem Zwangsvollstreckungsverfahren.....	232
1. Beschlüsse über die Verhängung von Zwangsgeldern	232
2. Beschlüsse über die Vollstreckung der Ersatzhaft	235
IV. Beschlüsse über die Sicherung der Erbmasse.....	237
V. Beschlüsse des Familien- und Vormundschaftsgerichts	239
VI. Kommissionsentwurf	240
B. Sonstige vollstreckbare Titel.....	241
I. Beschlüsse des Gerichtsvollziehers	241
1. Beschlüsse über die Verhängung von Ordnungsgeldern	241
2. Beschlüsse über die Kosten des Zwangsvollstreckungsverfahrens.....	242
II. Auszüge aus den Büchern des Banken-Garantiefonds	243
1. Gegenstand des Auszugs.....	245
2. Weitere Anforderungen an die titulierte Forderung	248
3. Formale und inhaltliche Anforderungen an den Auszug	249
4. Vollstreckbarkeit im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung	249
C. Vollstreckbare Titel über eine Unterlassungspflicht	252
D. Einordnung der nicht klauselbedürftigen Titel.....	253
§ 5 Erforderlichkeit der Klausel <i>de lege ferenda</i>	256

Zweiter Teil Die Vollstreckungsklausel

§ 1 Begriff	260
A. Formale Vorgaben	260
B. Inhaltliche Vorgaben	262
C. Funktionelle Vorgaben	263
D. Ergebnis	268
§ 2 Das Klauselerteilungsverfahren auf Antrag	270
A. Antragstellung	270
I. Zuständiges Gericht	270
II. Form und Inhalt des Antrags	273
III. Anlagen	275
IV. Gebühren	278
V. Aktivlegitimation des Antragstellers	279
B. Formale Vorprüfung des Antrags	281
C. Allgemeine Voraussetzungen für die Klauselerteilung	282
I. Allgemeine Prozessvoraussetzungen	283
II. Allgemeine Anforderungen an vollstreckbare Titel	283
III. Besondere zusätzliche Voraussetzungen	284
1. Sicherheitsleistung	284
2. Fristablauf bei vollstreckbaren Titeln gegen den Fiskus	285
3. Voraussetzungen für die Vollstreckbarkeit von Schiedsurteilen	286
D. Voraussetzungen für die titelergänzende Klausel	287
I. Allgemeine Regelung: Eintritt eines Ereignisses	288
1. Allgemeiner Anwendungsbereich	288
2. Sonderproblem: Anwendbarkeit auf Befristungen	291
3. Einzelfälle aus der Praxis	293
4. Besondere Voraussetzungen für die Klauselerteilung	295
II. Sonderfall: Wiederaufnahme der Arbeit durch den Arbeitnehmer	297
III. Sonderregelung für notarielle Urkunden	298
IV. Sonderregelung für Bankvollstreckungstitel	299
E. Voraussetzungen für die titelübertragende Klausel	300
I. Klausel gegen den Ehegatten des Schuldners	300
1. Exkurs: Materieellrechtliche Haftung in der Gütergemeinschaft	300
2. Voraussetzungen für die Zwangsvollstreckung in das Gesamtgut	302
3. Erteilung der titelübertragenden Klausel	305
a) Vom Gläubiger zu beweisende Voraussetzungen	307
b) Prüfungsumfang des Gerichts	310
4. Rechtspolitische Würdigung der Neuregelung	314
II. Klausel bei Rechtsnachfolge und Übergang der Verfügungsbefugnis einer Partei	315
1. Sachlicher Anwendungsbereich	315
a) Fälle der Rechtsnachfolge	315
b) Fälle des Übergangs der Verfügungsbefugnis	317
c) Analoge Anwendbarkeit auf andere Fälle	318
2. Zeitlicher Anwendungsbereich	319
3. Verhältnis zu den Vorschriften betreffend	

Bankvollstreckungstitel.....	328
4. Besondere Voraussetzungen für die Klauselerteilung.....	331
III. Klausel gegen Unternehmens- oder Betriebserwerber.....	332
1. Normzweck und Anwendungsbereich.....	332
2. Besondere Voraussetzungen für die Klauselerteilung.....	335
3. Entbehrlichkeit der Titelum-schreibung in bestimmten Fällen.....	337
IV. Klausel gegen persönlich haftende Gesellschafter.....	338
V. Entbehrlichkeit der titelum-schreibenden Klausel.....	341
1. Bisherige Rechtslage nach Art. 791 ZVGB a.F.....	341
2. Entbehrlichkeit der Titelum-schreibung seit dem 5. Februar 2005.....	342
F. Entscheidung über die Klauselerteilung.....	344
G. Anbringung der Vollstreckungsklausel auf dem Titel.....	349
§ 3 Das Klauselerteilungsverfahren von Amts wegen.....	354
§ 4 Klauselerteilung durch andere Organe.....	357
Dritter Teil Die Ausstellung mehrerer Vollziehungstitel	
§ 1 Die Ausstellung weiterer Vollziehungstitel.....	358
§ 2 Die erneute Ausstellung des Vollziehungstitels.....	362
Vierter Teil Zusammenfassung der Ergebnisse	
Literaturverzeichnis.....	373
Sachregister.....	393

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
ArbGB	Arbeitsgesetzbuch vom 26. Juni 1974 [Kodeks pracy]
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbRWdhstG	Gesetz vom 24. Mai 1989 über die Wiederherstellung der arbeitsrechtlichen Rechte für wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten, wegen Aktivitäten im Selbstverwaltungsbereich oder wegen politischer oder religiöser Überzeugungen aus ihrer Anstellung entfernte Personen [Ustawa o przywróceniu praw pracowniczych osobom pozbawionym zatrudnienia za działalność związkową, samorządową, przekonania polityczne i religijne]
arg. e	argumentum e [Argument aus]
Art.	Artikel
AUL	Acta Universitatis Łodziensis [Akten der Universität Łódź]
AUW	Acta Universitatis Wratislaviensis [Akten der Universität Wrocław]
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz
Bank	Die Bank
BankR	Gesetz vom 29. August 1997 über das Bankrecht [Ustawa – Prawo bankowe]
BankR 1960	Gesetz vom 13. April 1960 über das Bankrecht [Ustawa – Prawo bankowe]
BankR 1975	Gesetz vom 12. Juni 1975 über das Bankrecht [Ustawa – Prawo bankowe]
BankR 1989	Gesetz vom 31. Januar 1989 über das Bankrecht [Ustawa – Prawo bankowe]
BankRestruktG	Gesetz vom 3. Februar 1993 über die finanzielle Restrukturierung von Unternehmen und Banken sowie über die Änderung einiger Gesetze [Ustawa o restrukturyzacji finansowej przedsiębiorstw i banków oraz o zmianie niektórych ustaw]
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
Bearb.	Bearbeiter
BeitrVO	Verordnung des Justizministers vom 2. August 1991 über die Art und Weise der Vollstreckung von Bußgeldern, Geldstrafen, Gerichtsgebühren und Verfahrenskosten [Rozporządzenie Ministra Sprawiedliwości w sprawie sposobu prowadzenia egzekucji grzywnien, kar pieniężnych, opłat sądowych i kosztów postępowania]

BergG	Geologie- und Bergrechtsgesetz vom 4. Februar 1994 [Ustawa – Prawo geologiczne i górnictwo]
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGFG	Gesetz vom 14. Dezember 1994 über den Banken-Garantiefonds [Ustawa o Bankowym Funduszu Gwarancyjnym]
BGHZ	Bundesgerichtshof, Entscheidungen in Zivilsachen
BGŻ	Bank Gospodarki Żywnościowej [Bank für Lebensmittelwirtschaft]
BSiAKS	Zeszyty Biura Studiów i Analiz Kancelarii Senatu – Seria Opinie [Hefte des Büros für Studien und Analysen der Kanzlei des Senats – Serie Gutachten]
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
Dz.U.	Dziennik Ustaw [Gesetzblatt]
Dz.Urz.M.S.	Dziennik Urzędowy Ministerstwa Sprawiedliwości [Amtsblatt des Justizministeriums]
Dz.Urz.NBP	Dziennik Urzędowy Narodowego Banku Polskiego [Amtsblatt der Polnischen Nationalbank]
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ErbInvVfVO	Verordnung des Justizministers vom 1. Oktober 1991 über die Einzelheiten des Verfahrens bei der Sicherung der Erbmasse und über die Errichtung des Inventars [Rozporządzenie Ministra Sprawiedliwości w sprawie szczegółowego trybu postępowania przy zabezpieczeniu spadku i sporządzaniu spisu inwentarza]
f.	folgende
FamRZ	Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht. Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff.	folgende
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FiskStGB	Fiskalstrafgesetzbuch vom 10. September 1999 [Kodeks karny skarbowy]
Fn.	Fußnote
FVGB	Familien- und Vormundschaftsgesetzbuch vom 25. Februar 1964 [Kodeks rodzinny i opiekuńczy]
GbHypG	Gesetz über die Grundbücher und die Hypothek vom 6. Juli 1982 [Ustawa o księgach wieczystych i hipotece]
GebVO	Verordnung des Justizministers vom 17. Dezember 1996 über die Höhe der Gerichtsgebühren in Zivilsachen [Rozporządzenie Ministra Sprawiedliwości w sprawie wysokości wpisów w sprawach cywilnych]
GeodäsieR	Gesetz vom 17. Mai 1989 über das Geodäsie- und Kartographierecht [Ustawa – Prawo geodezyjne i kartograficzne]
Gesamthrsq.	Gesamtherausgeber(in)
GesZinsVO	Verordnung des Ministerrats vom 18. September 2003 über die Festlegung der Höhe der gesetzlichen Zinsen [Rozporządzenie

	Rady Ministrów w sprawie określenia wysokości odsetek ustawowych]
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GrdstBewiG	Gesetz vom 21. August 1997 über die Bewirtschaftung von Grundstücken [Ustawa o gospodarce nieruchomościami]
GVwGO	Geschäftsordnung für die innere Verwaltung der allgemeinen Gerichte vom 19. November 1987 [Regulamin wewnętrznego urzędowania sądów powszechnych]
GvzG	Gesetz vom 29. August 1997 über die Gerichtsvollzieher und die Zwangsvollstreckung [Ustawa o komornikach sądowych i egzekucji]
GvzVO	Verordnung vom 9. März 1968 über die Tätigkeit der Gerichtsvollzieher [Rozporządzenie w sprawie czynności komorników]
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
HauptVwGG	Gesetz vom 11. Mai 1995 über das Hauptverwaltungsgericht [Ustawa o Naczelnym Sądzie Administracyjnym]
HGB	Handelsgesetzbuch
HGG	Gesetzbuch über die Handelsgesellschaften vom 15. September 2000 [Kodeks spółek handlowych]
Hrsg.	Herausgeber(in)
i.d.F.	in der Fassung
i.S.d.	im Sinne des/der
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
InsO	Insolvenzordnung
InsSanR	Gesetz vom 28. Februar 2003 – Insolvenz- und Sanierungsrecht [Ustawa – Prawo upadłościowe i naprawcze]
JBeitrO	Justizbeitreibungsordnung
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
JurBüro	Das Juristische Büro
JZ	Juristenzeitung
KanzGebVO	Verordnung des Justizministers vom 15. November 1996 über die Höhe der Kanzleigebühren in Zivilsachen [Rozporządzenie Ministra Sprawiedliwości w sprawie wysokości opłat kancelaryjnych w sprawach cywilnych]
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
Kommissionsentwurf	Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Zivilgesetzbuchs und einiger anderer Gesetze von der Kommission für die Kodifikation des Zivilrechts von März/April 1998
KonkursR	Präsidentialverordnung vom 24. Oktober 1934 über das Konkursrecht [Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej – Prawo upadłościowe]
KPP	Quartalszeitschrift für Privatrecht [Vierteljahresschrift für Privatrecht]
Kreditwesen	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

KV	Kostenverzeichnis [Anlage 1 zum GKG]
LAG	Landesarbeitsgericht
LEX	System Informacji Prawnej Lex – Temida [Juristisches Informationssystem Lex – Temida]
LG	Landgericht
LGRegG	Gesetz vom 20. August 1997 über das Landes-Gerichtsregister [Ustawa o Krajowym Rejestrze Sądowym]
lit.	littera [Buchstabe]
LondonHBÜ	Londoner Übereinkommen vom 19. November 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen
Ls.	Leitsatz
m.a.W.	mit anderen Worten
M.P.	Monitor Polski [Polnischer Staatsanzeiger]
m.sp.Änd.	mit späteren Änderungen
m.w.Nachw.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MoP	Monitor Prawniczy [Juristisches Blatt]
n.F.	neue Fassung
N.Prz.Not.	Nowy Przegląd Notarialny [Neue Notarrundschau]
NBankG 1958	Gesetz vom 2. Dezember 1958 über die Polnische Nationalbank [Ustawa o Narodowym Banku Polskim]
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NotarRG	Gesetz über das Recht der Notariate vom 14. Februar 1991 [Ustawa – Prawo o notariacie]
NP	Nowe Prawo [Neues Recht]
Nr.	Nummer
ÖBA	Österreichisches Bank Archiv
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit
OSA	Orzecznictwo Sądów Apelacyjnych [Rechtsprechung der Berufungsgerichte]
OSNC	Orzecznictwo Sądu Najwyższego [Rechtsprechung des Obersten Gerichts] [1995 ff.]
OSNCP	Orzecznictwo Sądu Najwyższego [Rechtsprechung des Obersten Gerichts] [1963-1994]
OSP	Orzecznictwo Sądów Polskich [Rechtsprechung der polnischen Gerichte] [seit 1990]
OSPiKA	Orzecznictwo Sądów Polskich i Komisji Arbitrażowych [Rechtsprechung der polnischen Gerichte und Arbitragekommissionen] [1957-1989]
OTK	Orzecznictwo Trybunału Konstytucyjnego [Rechtsprechung des Verfassungsgerichts]
Pal.	Palestra [Die Advokatur]
PB	Prawo Bankowe [Bankrecht]
PES	Problemy egzekucji sądowej [Probleme der gerichtlichen Zwangsvollstreckung]
PG	Prawo gospodarcze [Wirtschaftsrecht]
PiP	Państwo i Prawo [Staat und Recht]

PiZS	Prawo i zabezpieczenie społeczne [Sozialrecht und soziale Sicherheit]
PKO PB S.A.	Powszechna Kasa Oszczędności Bank Polski Spółka Akcyjna [Allgemeine Sparkasse Polnische Bank Aktiengesellschaft]
Pkw	Personenkraftwagen
PLN	Polnischer Złoty
polnGKG	Gesetz vom 13. April 1967 über die Gerichtskosten in Zivilsachen [Ustawa o kosztach sądowych w sprawach cywilnych]
polnGVG	Gesetz vom 27. Juli 2001 über die Gerichtsverfassung [Ustawa o ustroju sądów powszechnych]
polnHGB	Handelsgesetzbuch vom 27. Juni 1934 [Kodeks handlowy]
polnStGB	Strafgesetzbuch vom 6. Juni 1997 [Kodeks karny]
polnVf	Verfassung der Republik Polen vom 2. April 1997 [Konstytucja Rzeczypospolitej Polski]
polnVwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz vom 17. Juni 1966 [Ustawa o postępowaniu egzekucyjnym w administracji]
polnWpHG	Gesetz vom 21. August 1997 – Recht des öffentlichen Handels mit Wertpapieren [Ustawa – Prawo o publicznym obrocie papierami wartościowymi]
PPH	Przegląd prawa handlowego [Handelsrechtsrundschau]
Pr.Sp.	Prawo spółek [Gesellschaftsrecht]
Pr. z wyn. i ochr.wł.int.	Prace z wynalazczości i ochrony własności intelektualnej [Arbeiten aus dem Erfinderrecht und dem gewerblichen Rechtsschutz]
Probl.Egz.	Problemy egzekucji [Probleme der Zwangsvollstreckung]
Prz.Leg.	Przegląd legislacyjny [Gesetzgebungsrundschau]
Prz.Pod.	Przegląd podatkowy [Steuerrundschau]
Prz.Pr. i Adm.	Przegląd prawa i administracji [Rechts- und Verwaltungsrundschau]
PS	Przegląd sądowy [Gerichtsrundschau]
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe [Polnische Volkspartei]
R.Pr.	Radca prawny [Der Rechtsberater]
Rdnr.	Randnummer
Regierungsentwurf	Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Änderung des Zivilverfahrensgesetzbuchs sowie einiger anderer Gesetze
RegPfG	Gesetz vom 19. Dezember 1996 über das Registerpfandrecht und das Pfandregister [Ustawa o zastawie rejestrowym i rejestrze zastawów]
Rej.	Rejent [Der Notar]
RGZ	Reichsgericht, Entscheidungen in Zivilsachen
ROW	Recht in Ost und West
RPEiS	Ruch prawny, ekonomiczny i społeczny [Juristische, wirtschaftliche und soziale Bewegung]
RPfleger	Der deutsche Rechtspfleger
RPfIG	Rechtspflegergesetz
S.	Seite(n)
s.o.	siehe oben
SC	Studia Cywilistyczne [Zivilistische Studien]
SeeGB	Seegesetzbuch vom 18. September 2001 [Kodeks morski]
SGG	Sozialgerichtsgesetz

SLD	Sojusz Lewicy Demokratycznej [Union der Demokratischen Linken]
SP	Studia Prawnicze [Juristische Studien]
StKG	Gesetz vom 17. Mai 1989 über die Beziehungen des Staates zur Katholischen Kirche in der Republik Polen [Ustawa o stosunku Państwa do Kościoła Katolickiego w Rzeczypospolitej Polskiej]
StKGAusfVO	Verordnung des Ministers für das Amt des Ministerrates vom 8. Februar 1990 über die Einzelheiten des Regulierungsverfahrens im Bereich der Rückübertragung des Eigentums an Immobilien oder Teilen davon auf juristische Personen der Katholischen Kirche [Zarządzenie Ministra – Szefa Urzędu Rady Ministrów w sprawie szczegółowego trybu postępowania regulacyjnego w przedmiocie przywrócenia osobom prawnym Kościoła Katolickiego własności nieruchomości lub ich części]
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
Stud.pr.-ekon.	Studia prawno-ekonomiczne [Juristische und wirtschaftliche Studien]
StVfGB	Strafverfahrensgesetzbuch vom 6. Juni 1997 [Kodeks postępowania karnego]
StVzGB	Strafvollzugsgesetzbuch vom 6. Juni 1997 [Kodeks karny wykonawczy]
u.a.	unter anderem/und andere
UG ZNWPIA	Uniwersytet Gdański – Zeszyty naukowe wydziału prawa i administracji [Wissenschaftliche Hefte der rechts- und verwaltungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Gdańsk]
UmwG	Umwandlungsgesetz
unstr.	unstreitig
vgl.	vergleiche
VR	Volksrepublik
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwGVfR	Gesetz vom 30. August 2002 – Verwaltungsgerichtsverfahrensrecht [Ustawa – prawo o postępowaniu przed sądami administracyjnymi]
WohnbKrBürgG	Gesetz vom 29. November 2000 über die Übernahme von Rückzahlungsbürgschaften für bestimmte Wohnbaukredite durch den Fiskus [Ustawa o objęciu poręczeniem Skarbu Państwa spłaty niektórych kredytów mieszkaniowych]
Zagad.egz.	Zagadnienia egzekucji sądowej w Polsce [Probleme der gerichtlichen Zwangsvollstreckung in Polen]
ZGB	Zivilgesetzbuch vom 23. April 1964 [Kodeks cywilny]
zit.	zitiert als
ZNUJ	Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego [Wissenschaftliche Hefte der Jagiellonen-Universität]
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
ZVGB	Zivilverfahrensgesetzbuch vom 17. November 1964 [Kodeks postępowania cywilnego]

ZVGB 1932	Präsidentialverordnung vom 29. November 1930 und vom 27. Oktober 1932 – Zivilverfahrensgesetzbuch [Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej – Kodeks postępowania cywilnego]
ZVGB-KE	Zivilverfahrensgesetzbuch in der Fassung des von der Kodifikationskommission für das Zivilrecht vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes über die Änderung des Zivilverfahrensgesetzbuchs sowie einiger anderer Gesetze
ZVGB-Novelle 2004	Gesetz vom 2. Juli 2004 über die Änderung des Zivilverfahrensgesetzbuchs und einiger anderer Gesetze [Ustawa o zmianie ustawy - Kodeks postępowania cywilnego oraz niektórych innych ustaw]
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Einleitung und Überblick

§ 1 Einführung in die Thematik

Seit Beginn des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Polen Ende der 80er Jahre hat der Wirtschafts- und damit einhergehend auch der Rechtsverkehr zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland erheblich an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2003 stand Polen als Abnehmer deutscher Exporte an zwölfter Stelle.¹ Als Absatzmarkt polnischer Produkte nimmt Deutschland seinerseits den ersten Platz ein.² Daher wird nicht nur das polnische materielle Zivil- und Wirtschaftsrecht, sondern auch das polnische Zivilverfahrensrecht für die deutsch-polnische Wirtschafts- und Rechtspraxis immer wichtiger.

Zwischen den Teilnehmern am Wirtschaftsverkehr entstehende Forderungen sind nämlich praktisch nur soviel „wert“, wie sie rechtlich und tatsächlich effektiv durchsetzbar sind. Der deutsche Unternehmer, der nach Polen exportiert, dort investiert oder von einem polnischen Exporteur Waren bezieht, muss sich stets die Frage stellen, ob und gegebenenfalls wie er im Streitfall eine Forderung gegen seinen polnischen Geschäftspartner betreiben könnte. Ebenso ist es für ihn wichtig zu wissen, ob sein polnischer Geschäftspartner eine mögliche Forderung gegen ihn erfolgreich durchsetzen könnte.

In vielen Fällen wird sich der deutsche Unternehmer damit konfrontiert sehen, dass für die Entscheidung eines Rechtsstreits ein polnisches Gericht international zuständig wäre. Dies kann darauf beruhen, dass eine Gerichtsstands- oder Schiedsklausel nicht durchzusetzen war oder die Parteien bewusst oder aus Nachlässigkeit auf eine solche Klausel verzichtet haben. Möglich ist auch, dass eine vereinbarte internationale Gerichtsstands-klausel zugunsten der deutschen Gerichte angesichts einer abschließlichen internationalen Zuständigkeit der polnischen Gerichte leer

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, <<http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2004/p2200181.htm>> (17. Januar 2005).

² Im Jahr 2000 betrug der deutsche Anteil an der polnischen Ausfuhr 34,9 %, im Jahr 2001 betrug er 34,4 %, Quelle: Deutsch-Polnische Außenhandelskammer, <<http://www.ahk.de/bueros/p/polen/wirtschaftsinfos.html>> (17. Januar 2005). Als Herkunftsland von Importen nach Deutschland nahm Polen im Jahr 2003 den dreizehnten Platz ein, Quelle: Statistisches Bundesamt <<http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2004/p2200181.htm>> (17. Januar 2005).

läuft. In diesem Fall wird das polnische Zivilverfahrensrecht schon auf der Ebene eines möglichen Erkenntnisverfahrens relevant.

Selbst wenn aber die Entscheidung eines deutsch-polnischen Rechtsstreits einem deutschen Gericht oder einem Schiedsgericht obliegt, kann der deutsche Unternehmer mit dem polnischen Zivilverfahrensrecht konfrontiert werden. Dies ist spätestens dann der Fall, wenn die Vollstreckung in solche Vermögenswerte erforderlich wird, die in Polen belegen sind. Häufig wird daher schon im Stadium der Vertragsverhandlungen darüber nachzudenken sein, wie sich der Unternehmer bereits im Vorfeld einen vollstreckbaren Titel verschaffen kann. Damit kann der Gefahr vorgebeugt werden, im Streitfall auf eine langwierige Durchsetzung der Forderung vor Gericht oder im Wege eines häufig zwar schnelleren, aber oft auch kostenträchtigeren Schiedsverfahrens angewiesen zu sein.

Allein schon angesichts dieser zunehmenden praktischen Relevanz des polnischen Verfahrensrechts für den deutsch-polnischen Wirtschafts- und Rechtsverkehr erscheint die Tatsache umso überraschender, dass das polnische Zivilverfahrensrecht im Allgemeinen und das polnische Zwangsvollstreckungsrecht im Besonderen bislang in der deutschen Rechtswissenschaft – sieht man von einigen wenigen Monographien und einer überschaubaren Zahl von Aufsätzen ab³ – wenig Beachtung gefunden hat geschweige denn Gegenstand vertiefter wissenschaftlicher Betrachtung geworden ist. Auch jenseits solcher praktischer Nützlichkeitsabwägungen liegt die wissenschaftliche Befassung mit der Rechtsordnung eines unmittelbaren Nachbarlandes ohnehin nahe. Die vorliegende Arbeit verfolgt daher das Ziel, einen wichtigen Aspekt des Zwangsvollstreckungsverfahrens in Polen näher zu untersuchen, nämlich die „Grundlage der Zwangsvollstreckung“ (podstawa egzekucji). Regelmäßig ist die Grundlage der Zwangsvollstreckung der so genannte „Vollziehungstitel“ (tytuł wykonawczy).

Funktionell entspricht die „Grundlage der Zwangsvollstreckung“ den „allgemeinen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung“ im deutschen Recht. Zu beachten ist aber ein wichtiger Unterschied. Nach polnischem Recht ist die Grundlage der Zwangsvollstreckung in der Regel der aus dem vollstreckbaren Titel und der Vollstreckungsklausel bestehende Vollziehungstitel, während die allgemeinen Vollstreckungsvoraussetzungen im deutschen Recht den Vollstreckungstitel, die Klausel und die Zustellung umfassen. Fehlt es an der Grundlage der Zwangsvollstreckung, so darf nach polnischem Recht grundsätzlich keine Zwangsvollstreckung durch-

³ Etwa die Monographien von WEYDE zur Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen (1997) und von PANKOWSKA-LIER zur Schiedsgerichtsbarkeit in Polen (1998), die allerdings Fragen der Zwangsvollstreckung nur am Rande behandelt, sowie die im Literaturverzeichnis aufgeführten Beiträge in Sammelwerken.

geführt werden. Ebenso ist nach deutschem Recht eine Zwangsvollstreckung unzulässig, wenn es an den allgemeinen Vollstreckungsvoraussetzungen fehlt. Um rechtswirksam ein Zwangsvollstreckungsverfahren in Polen durchführen zu können und damit Befriedigung im Wege der Zwangsvollstreckung zu erlangen, ist also eine genaue Kenntnis der Anforderungen an den Vollziehungstitel erforderlich. Die vorliegende Arbeit will die entsprechenden Regelungen unter Berücksichtigung der Rechtspraxis und rechtspolitischer Erwägungen systematisch darstellen. Da sich die Arbeit an den deutschen Leser wendet, werden dabei immer auch rechtsvergleichende Aspekte mit einzubeziehen sein.

Die Bedeutung der „Grundlage der Zwangsvollstreckung“ als solcher sowie einzelner dieses Rechtsinstitut betreffender Regelungen erschließt sich allerdings erst im größeren normativen Zusammenhang. Daher ist zunächst der rechtliche Rahmen darzustellen, in den die Vorschriften betreffend die Grundlage der Zwangsvollstreckung eingebettet sind. Es ist also der normative Standort dieser Regelungen zu klären. In einem zweiten Schritt wird die Rechtswirklichkeit der gerichtlichen Zwangsvollstreckung näher zu betrachten sein, da sich die Bedeutung eines Rechtsinstituts erst in der Rechtspraxis erweist. Im Anschluss ist die Gesetzgebungsgeschichte des am 5. Februar 2005 in Kraft getretenen Gesetzes vom 2. Juli 2004 über die Änderung des Zivilverfahrensgesetzbuchs und einiger anderer Gesetze⁴ darzustellen, die wichtige Neuerungen auch im Bereich der gerichtlichen Zwangsvollstreckung normiert. Erst vor diesem Hintergrund werden die in dieser Arbeit zu untersuchenden Fragestellungen näher einzugrenzen sowie die Methode und der Gang der Untersuchung darzustellen sein.

⁴ Dz.U. Nr. 172, Pos. 1804, im Folgenden: ZVGB-Novelle 2004.

§ 2 Normativer Standort der Regelungen

Die allgemeinen Regelungen betreffend die Grundlage der Zwangsvollstreckung sind in den Art. 776 ff. des Zivilverfahrensgesetzbuchs vom 17. November 1964¹ normiert. Sie gehören also zum Dritten Teil des ZVGB, der nach seiner Überschrift „Das Zwangsvollstreckungsverfahren“ behandelt. Die Grundlage der Zwangsvollstreckung muss daher vor dem Hintergrund der Gesamtregelung der so genannten gerichtlichen Zwangsvollstreckung im ZVGB und deren Stellung in der Gesamtrechtsordnung gesehen werden. In diesem Zusammenhang ist nach einem kurzen Überblick über die wesentlichen Rechtsgrundlagen für die Zwangsvollstreckung die vom Gesetz verwendete, nicht immer widerspruchsfreie Terminologie zu klären. Gleichzeitig ist die gerichtliche Zwangsvollstreckung von anderen Verfahren nach dem ZVGB abzugrenzen. Im Anschluss wird auf das Ziel und den Anwendungsbereich der gerichtlichen Zwangsvollstreckung eingegangen. Darauf wird ein kurz gefasster Überblick über die Regelungssystematik und den Ablauf des Zwangsvollstreckungsverfahrens gegeben, um das Verständnis der an verschiedenen Stellen dieser Arbeit angesprochenen Einzelprobleme des Zwangsvollstreckungsverfahrens zu erleichtern. Erst vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, was unter der „Grundlage der Zwangsvollstreckung“ zu verstehen ist.

A. Rechtsgrundlagen

Das polnische Zwangsvollstreckungsrecht ist vorwiegend im Dritten Buch des ZVGB („Das Zwangsvollstreckungsverfahren“) geregelt.² Wichtige Regelungen finden sich auch im Gesetz vom 29. August 1997 über die Gerichtsvollzieher und die Zwangsvollstreckung.³ Der Nachkriegsgesetzgeber knüpfte mit der Neukodifikation des ZVGB von 1964 an das zum 1. Januar 1933 in Kraft getretene Zivilverfahrensgesetzbuch der Vorkriegszeit⁴ an. Das ZVGB 1932 war am 29. November 1930 als Präsidialverordnung⁵ erlassen und durch Präsidialverordnung⁶ vom 27. Oktober 1932 um Vor-

¹ Dz.U. Nr. 43, Pos. 296 m.sp.Änd., im Folgenden: ZVGB.

² Eine überblicksartige Darstellung der Quellen des polnischen Zwangsvollstreckungsrechts findet sich bei MARCINIAK, in: LUBIŃSKI (Hrsg.), S. 19 ff.

³ Dz.U. Nr. 133, Pos. 882 m.sp.Änd., im Folgenden: GvzG.

⁴ Im Folgenden: ZVGB 1932.

⁵ Dz.U. Nr. 83, Pos. 651 m.sp.Änd.

⁶ Dz.U. Nr. 93, Pos. 805 m.sp.Änd.

schriften zum vorläufigen Rechtsschutz- und Zwangsvollstreckungsverfahren ergänzt worden. Es war seinerseits von den großen westeuropäischen Kodifikationen inspiriert. Trotz der veränderten gesellschaftlichen und politischen Umstände im Polen der Nachkriegszeit entschied sich der Gesetzgeber im Jahre 1964 nicht für eine radikal neue Kodifikation. Vielmehr ergänzte er nur die bisherigen Regelungen durch einige neue Vorschriften. Diese zielten vor allem darauf ab, durch den Grundsatz der so genannten „objektiven Wahrheit“ die Parteierrschaft zurückzudrängen. Zwar wurde die kontradiktorische Streitform beibehalten, aber durch die Gerichte gesteuert und durch Einschaltung der Staatsanwaltschaft weiter relativiert. Der Zivilprozess wurde dadurch dem Amtsverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit angenähert.⁷ In den 90er Jahren wurde das ZVGB teilweise reformiert, um es den Bedürfnissen einer rechtsstaatlich verfassten Rechtsordnung anzupassen. So wurde der Grundsatz der „objektiven Wahrheit“ durch die zum 1. Juli 1996 in Kraft getretene Zivilverfahrensnovelle vom 1. März 1996⁸ weitgehend, aber nicht vollständig eliminiert.⁹ Durch eine weitere Novelle vom 24. Mai 2000¹⁰ wurde auch das Rechtsbehelfssystem umfassend neu geordnet, das seit 1964 eher auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen denn auf den Rechtsschutz des Einzelnen zugeschnitten war.¹¹ Dem Amtsermittlungsgrundsatz kommt allerdings im polnischen Zivilprozessrecht trotz der jüngsten Reformen immer noch eine stärkere Bedeutung zu als in der deutschen ZPO. Ungeachtet dieser Relikte sozialistischen Rechtsdenkens, die auch das Zwangsvollstreckungsrecht nicht ganz unbeeinflusst gelassen haben, ist aber das polnische ZVGB in seinem

⁷ Zu alledem näher PETERS, in: GRUNSKY (Hrsg.), S. 101 ff., S. 102.

⁸ Dz.U. Nr. 43, Pos. 189.

⁹ Zwar wird nach wie vor aus bestimmten Vorschriften des ZVGB (etwa Art. 3, 7, 213 § 2 ZVGB, für das Zwangsvollstreckungsverfahren: Art. 761, 762, 840 ff. ZVGB; die bisher hierher gehörenden Art. 229, 339 § 2 ZVGB a.F. wurden mit Wirkung zum 5. Februar 2005 geändert) ein „Grundsatz der materiellen Wahrheit“ abgeleitet, siehe nur BRONIEWICZ, *Postępowanie cywilne*, S. 59 f. und SIEDLECKI/ŚWIEBODA, S. 58 ff. Diesem Grundsatz wird aber heute im Ergebnis nicht mehr die allumfassende Geltung beigemessen, die einige Vertreter der sozialistischen Rechtslehre dem „Grundsatz der objektiven Wahrheit“ zugesprochen hatten. Vielmehr beschränkt die gegenwärtige Rechtslehre seine Anwendung *de facto* auf den Regelungsbereich der einschlägigen positiv-rechtlichen Vorschriften. Außerhalb des Anwendungsbereichs dieser Vorschriften gilt der Dispositionsgrundsatz. Siehe dazu die ausführliche Darstellung bei JAKUBECKI, PS 10/1998, S. 63 ff., insbesondere S. 75 und S. 84; zum Dispositionsgrundsatz näher BRONIEWICZ, *Postępowanie cywilne*, S. 60 ff. und SIEDLECKI/ŚWIEBODA, S. 61 f.

¹⁰ Dz.U. Nr. 48, Pos. 554.

¹¹ Dazu allgemein WARZOCHA, JOR XXIX/1988, S. 83 ff., S. 85 f. In diesem Zusammenhang spricht PETERS, in: GRUNSKY (Hrsg.), S. 101 ff., S. 103 von einer „merkwürdigen Bevormundung der Parteien durch den Staat“.

Kern deutlich erkennbar von der kontinentaleuropäischen Rechtstradition geprägt.¹²

B. Terminologie und Abgrenzung zu anderen Verfahren

Vor der eigentlichen Untersuchung des Gegenstands dieser Arbeit ist weiter die vom ZVGB verwendete Terminologie zu klären. Das ZVGB spricht teilweise von der „gerichtlichen Zwangsvollstreckung“, an anderen Stellen vom „Zwangsvollstreckungsverfahren“, oftmals auch schlichtweg von der „Zwangsvollstreckung“ und häufig von der „Vollziehung“ von Titeln. Diese Begriffe sind voneinander abzugrenzen, um im weiteren Verlauf dieser Abhandlung über eine klare Begrifflichkeit zu verfügen.

Mit dem Begriff der *gerichtlichen Zwangsvollstreckung* (*egzekucja sądowa*) umschreibt das ZVGB den Regelungskomplex der Art. 758 bis 1059 ZVGB als eine bestimmte Verfahrensart. Der Begriff dient der Abgrenzung zu anderen Vollstreckungsverfahren, insbesondere zum Verwaltungsvollstreckungsverfahren (*postępowanie egzekucyjne w administracji*), so etwa in Art. 777 § 1 Nr. 3 ZVGB. Er wird vor allem dann verwendet, wenn es darum geht, nach welchen Vorschriften eine titulierte Forderung durchzusetzen ist, nämlich entweder nach dem ZVGB oder nach anderen Vorschriften. Dagegen wird der Begriff des *Zwangsvollstreckungsverfahrens* (*postępowanie egzekucyjne*) gebraucht, um das Verfahren nach den Art. 758 bis 1059 ZVGB als ein organisches Ganzes zu umschreiben. Dieser Begriff stellt also den normativ geregelten *Verfahrensablauf* in den Vordergrund. Gleichzeitig wird damit das in den Art. 758 ff. ZVGB geregelte Verfahren von anderen Verfahrensarten nach dem ZVGB abgegrenzt, nämlich vom Erkenntnisverfahren (*postępowanie rozpoznawcze*) und vom vorläufigen Rechtsschutzverfahren (*postępowanie zabezpieczające*).

Dabei verwendet das ZVGB den Begriff „Zwangsvollstreckungsverfahren“ in zwei Bedeutungen, nämlich im weiteren und im engeren Sinn. Das *Zwangsvollstreckungsverfahren im weiteren Sinne* umfasst die Gesamtheit der im Dritten Teil des ZVGB¹³ geregelten Materie. Dazu gehören die folgenden Verfahren:

- Das *Klauselerteilungsverfahren* (*postępowanie klauzulowe*) nach den Art. 781 bis 795 ZVGB;

¹² Nach WARZOCHA, JOR XXIX/1988, S. 83 ff., S. 84 f. ist das ZVGB mit der deutschen und der österreichischen ZPO, aber auch mit dem französischen Code de Procédure Civile vergleichbar.

¹³ Bis 5. Februar 2005: Zweites Buch des Zweiten Teils des ZVGB.

- das Verfahren, das die Durchführung einer Zwangsvollstreckung zum Gegenstand hat (*Zwangsvollstreckungsverfahren im engeren Sinne; właściwe postępowanie egzekucyjne*) nach den Art. 758 bis 780 und 796 bis 1059 ZVGB;
- *besondere Verfahren für die nicht im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgende, zwangsweise Vollziehung von Verpflichtungen aus vollstreckbaren Titeln.* Dazu gehört mittlerweile nur noch das Verfahren nach Art. 1060 §§ 1 und 3 ZVGB für die Vollziehung gegen den Fiskus gerichteter vollstreckbarer Titel über andere als Geldforderungen ohne Vollstreckungsklausel.¹⁴

In diesem weiteren Sinne wird der Begriff „Zwangsvollstreckungsverfahren“ in der Überschrift des Dritten Teils des ZVGB und in Art. 743 § 1 Satz 1, 760 § 1 und 771 ZVGB verwandt. Dagegen meint der Begriff im engeren Sinne nur das Verfahren, das die Durchführung einer Zwangsvollstreckung (*egzekucja*) zum Gegenstand hat. In diesem Sinne wird der Begriff etwa in den Art. 792, 808, 816, 823, 826, 903 und 1066 ZVGB verwendet.¹⁵

Der Begriff des Zwangsvollstreckungsverfahrens ist demnach auch von dem Begriff der *Zwangsvollstreckung (egzekucja)* abzugrenzen. Zwar werden diese Begriffe teilweise synonym verwendet.¹⁶ Richtigerweise ist aber wie folgt zu unterscheiden: Zwangsvollstreckung ist die auf Zwang beruhende, von den Vollstreckungsorganen auf der Grundlage eines Vollziehungstitels und in der vom (Prozess-)Recht vorgesehenen Art und Weise betriebene Durchsetzung einer dem Gläubiger geschuldeten Leistung des Schuldners.¹⁷ Das Zwangsvollstreckungsverfahren ist dagegen die vom Antrag auf Einleitung der Zwangsvollstreckung in Gang gesetzte Gesamtheit der mit der Zwangsvollstreckung zusammenhängenden Handlungen. Die Zwangsvollstreckung erfolgt also im Rahmen und mittels des Zwangsvollstreckungsverfahrens,¹⁸ stellt mit anderen Worten dessen Ziel dar.¹⁹

¹⁴ Dieses Verfahren wird häufig als „freiwillige Vollziehung“ (*dobrowolne wykonanie*) bezeichnet. Diese Terminologie ist ungenau. Es sollte besser vom „Verfahren zur zwangsweisen Vollziehung außerhalb der Zwangsvollstreckung“ (*nieegzekucyjny tryb przymusowego wykonania*) gesprochen werden, siehe dazu näher MARCINIAK, *Podstawa egzekucji*, S. 118 f. m.w.Nachw. auch zur Gegenauffassung. Vgl. auch die allgemeinen Ausführungen zum Verfahren nach Art. 1060 ZVGB unten S. 285 f.

¹⁵ Zu alledem ausführlich BRONIEWICZ, *PiP* 8/1988, S. 39 ff., S. 39 sowie MARCINIAK, *Podstawa egzekucji*, S. 119 f.

¹⁶ Übersicht bei BRONIEWICZ, *PiP* 8/1988, S. 39 ff., S. 40.

¹⁷ BRONIEWICZ, *PiP* 8/1988, S. 39 ff., S. 48, ähnlich WENGEREK, in: JODŁOWSKI (Hrsg.), S. 335 ff., S. 338. Bei WENGEREK, a.a.O., S. 337 f. findet sich auch eine ausführliche Auseinandersetzung mit älteren Konzeptionen.

¹⁸ BRONIEWICZ, *PiP* 8/1988, S. 39 ff., S. 48, ähnlich WENGEREK, in: JODŁOWSKI (Hrsg.), S. 335 ff., S. 341 m.w.Nachw.; in diesem Sinne auch MARCINIAK, *Podstawa egzekucji*, S. 115.

¹⁹ Siehe dazu die Ausführungen im folgenden Abschnitt.

Neben dem Begriff der Zwangsvollstreckung verwendet das polnische ZVGB den Begriff der *Vollziehung* (*wykonanie*). Die Begriffe sind wie folgt voneinander abzugrenzen: Die Zwangsvollstreckung beruht auf der Anwendung der im Prozessrecht vorgesehenen Zwangsmittel durch die dazu berufenen staatlichen Organe mit dem Ziel, die Erfüllung der dem Gläubiger vom Schuldner geschuldeten und im vollstreckbaren Titel festgelegten Leistungen durchzusetzen.²⁰ Sie erfolgt im Wege des Zwangsvollstreckungsverfahrens im engeren Sinn. Demgegenüber ist der Begriff „Vollziehung“ (*wykonanie*) weiter. „Vollziehung“ umfasst einerseits die Fälle, in denen Ansprüche im Wege des Zwangsvollstreckungsverfahrens mit den für dieses Verfahren vorgesehenen Zwangsmitteln durchgesetzt werden, d.h. durch eine Zwangsvollstreckung im Wege des Zwangsvollstreckungsverfahrens auf der Grundlage eines Vollziehungstitels. Andererseits gehören hierzu auch die Fälle, in denen die Erfüllung des Anspruchs in einem anderen Verfahren ohne Einsatz von Zwangsmitteln oder teilweise mit anderen Zwangsmitteln bewirkt wird (*Beispiel*: Art. 1060 §§ 1 und 3 ZVGB). „Vollziehung“ in diesem weiteren Sinne meint „die mit oder ohne Zwangsmittel erfolgende Herbeiführung eines Zustandes, der dem Inhalt des vollstreckbaren Titels entspricht“.²¹ In einigen Fällen wird dieser Begriff im ZVGB und in anderen Gesetzen²² in einem noch weiteren Sinne verwendet, nämlich als „Durchsetzung“ oder „Verwirklichung“ von Rechten, die nicht zwingend in einem vollstreckbaren Titel tituliert zu sein brauchen.

C. Ziel und Anwendungsbereich der Zwangsvollstreckung

Die gerichtliche Zwangsvollstreckung ist im ZVGB geregelt. Sie stellt also nach der gesetzgeberischen Konzeption einen Teil des Zivilverfahrens als Ganzes dar. Der Standort der Vorschriften betreffend das Zwangsvollstreckungsverfahren im weiteren Sinne im Dritten Teil des ZVGB weist darauf hin, dass dieses Verfahren zunächst als Fortsetzung des Erkenntnisverfahrens (*postępowanie rozpoznawcze* – so die Überschrift des Ersten Teils des ZVGB) konzipiert ist. So soll nach einer traditionellen Auffassung das Ziel der gerichtlichen Zwangsvollstreckung in der „Verwirklichung im Erkenntnisverfahren ergangener Urteile und eben dadurch Umsetzung der materiellrechtlichen Rechtsnormen“²³ bestehen.

²⁰ WENGEREK, *Sądowe postępowanie egzekucyjne*, S. 9 f., DERS., in: JODŁOWSKI (Hrsg.), S. 335 ff., S. 328.

²¹ WENGEREK, in: JODŁOWSKI (Hrsg.), S. 335 ff., S. 340 m.w.Nachw.

²² Eine Auflistung findet sich bei HAAK, *Zagad. egz.* 2/1994, S. 69 ff., S. 70.

²³ WENGEREK, in: JODŁOWSKI (Hrsg.), S. 335 ff., S. 335.

Allerdings ist diese Formulierung ungenau. Zum einen bedarf es nicht in allen Fällen der gerichtlichen Zwangsvollstreckung, um ein im Erkenntnisverfahren ergangenes Urteil durchzusetzen, etwa wenn der Schuldner ohne Anwendung staatlichen Zwangs auf das Urteil hin leistet. Zum anderen kann im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung ähnlich wie im deutschen Recht²⁴ auch aus anderen vollstreckbaren Titeln als gerichtlichen Entscheidungen vollstreckt werden (Art. 777 § 1 ZVGB). Gegenstand des Zwangsvollstreckungsverfahrens nach dem ZVGB, d.h. der gerichtlichen Zwangsvollstreckung sind zwar zu einem wesentlichen Teil Gerichtsentscheidungen oder andere im Erkenntnisverfahren entstandene vollstreckbare Titel, nämlich gerichtliche Vergleiche. Ihr Anwendungsbereich ist aber nach dem soeben Gesagten weiter.

Die Formulierung des *abstrakten Ziels* der gerichtlichen Zwangsvollstreckung muss den gesamten Anwendungsbereich dieses Verfahrens berücksichtigen und ihrer Stellung im Zivilverfahren als Ganzes Rechnung tragen. Die gerichtliche Zwangsvollstreckung hat – allgemein gesprochen – die Durchsetzung titulierter Forderungen²⁵ durch staatliche Machtmittel in den Fällen zum Ziel, in denen der Schuldner nicht freiwillig leistet. Dementsprechend formuliert die neuere polnische Rechtswissenschaft, die gerichtliche Zwangsvollstreckung diene der „endgültigen Verwirklichung einer im vollstreckbaren Titel konkretisierten Rechtsnorm mit befehlendem oder verbotendem Charakter mittels Anwendung der staatlichen Zwangsmittel durch die Vollstreckungsorgane.“²⁶

Auch aus einem weiteren Grund darf das Zwangsvollstreckungsverfahren nicht als bloße Fortsetzung des Erkenntnisverfahrens nach dem ZVGB verstanden werden.²⁷ Gegenstand der gerichtlichen Zwangsvollstreckung sind nicht nur titulierte *zivilrechtliche Forderungen*, für die der *zivilgerichtliche Rechtsweg* eröffnet ist, sondern auch bestimmte andere Forderungen, die ähnlich wie in Deutschland²⁸ kraft aufdrängender Sonderzuweisung der gerichtlichen Zwangsvollstreckung unterliegen. Diese lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen. Die gerichtliche Zwangsvollstreckung dient auch der Vollziehung bestimmter Forderungen, die zwar *zivilrechtlich* einzuordnen, aber kraft einer abdrängenden gesetzlichen Sonderregelung einem *anderen Rechtsweg* zugewiesen sind. So sind im Straf-

²⁴ Vgl. nur die Aufstellung der „anderen“ Vollstreckungstitel nach Bundesrecht bei ZÖLLER/STÖBER, § 794 Rdnr. 35.

²⁵ In diesem Sinne HAAK, Zagad.egz. 2/1994, S. 69 ff., S. 69 und 71.

²⁶ WIECZOREK, PES 7/2000, S. 26 ff., S. 37.

²⁷ WENGEREK, JOR XI/1970, S. 155 ff., S. 160 spricht daher von „Selbständigkeit“ des Zwangsvollstreckungsverfahrens.

²⁸ Vgl. nur §§ 46a Abs. 1, 62 Abs. 2 Satz 1, 85 Abs. 1 Satz 3 ArbGG, § 53a Abs. 4 FGG, §§ 198 Abs. 1, 199 ff. SGG, § 406b Satz 1 StGB, §§ 167 Abs. 1 Satz 1, 168 ff. VwGO.

verfahren ergangene Verurteilungen über Schadensersatzforderungen im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung beizutreiben.²⁹ Diese Forderungen sind zwar zivilrechtlicher Rechtsnatur, aber dem strafgerichtlichen Rechtsweg zugewiesen. Eine weitere Fallgruppe umfasst vollstreckbare Titel über *öffentlich-rechtliche* Forderungen, für die ausnahmsweise der *zivilgerichtliche Rechtsweg* eröffnet ist, etwa im Zivilverfahren ergangene Beschlüsse über die Verpflichtung zur Zahlung offener Verfahrenskosten, über die Verurteilung zur Zahlung von Zwangs- und Ordnungsgeldern oder über die Verhängung von Ersatzhaft.³⁰ Eine dritte Fallgruppe umfasst *öffentlich-rechtliche* Forderungen, die zwar *nicht zum zivilgerichtlichen Rechtsweg* gehören, aber im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung beizutreiben sind. So sind bestimmte im strafrechtlichen Verfahren entstandene vollstreckbare Titel über öffentlich-rechtliche Forderungen im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung zu vollziehen.³¹ Bis vor kurzer Zeit waren Verwaltungsvollziehungstitel (*administracyjny tytuły wykonawcze*) über öffentlich-rechtliche Ansprüche ebenfalls im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung vollstreckbar, soweit in Immobilien vollstreckt werden sollte, Art. 70 § 1, 71 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 17. Juni 1966³² a.F. Vor dem 1. Januar 2004 unterlagen auch Entscheidungen des Hauptverwaltungsgerichts über die Verhängung von Zwangsgeldern gegen Verwaltungsbehörden nach Art. 31 Abs. 1 Satz 3, 56 Abs. 1 des Gesetzes vom 11. Mai 1995 über das Hauptverwaltungsgericht³³ der Vollziehung im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung. Der Rechtsweg zur gerichtlichen Zwangsvollstreckung (*droga egzekucji sądowej*) ist also – zusammenfassend gesagt – in folgenden Fällen eröffnet:

- Für alle titulierte zivilrechtlichen Forderungen, für die der zivilgerichtliche Rechtsweg eröffnet ist;
- für bestimmte titulierte zivilrechtliche Forderungen, die einem anderen als dem zivilgerichtlichen Rechtsweg zugewiesen sind, deren Vollziehung aber kraft aufdrängender Sonderzuweisung im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung erfolgt;
- für bestimmte titulierte öffentlich-rechtliche Forderungen, die kraft aufdrängender Sonderzuweisung dem zivilgerichtlichen Rechtsweg zugewiesen sind und deren Vollziehung kraft aufdrängender Sonderzuweisung im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung erfolgt;

²⁹ Siehe dazu die Ausführungen unten S. 84.

³⁰ Siehe dazu die Ausführungen unten S. 67 f., 232 ff.

³¹ Siehe dazu die Ausführungen unten S. 84 f.

³² Dz.U. Nr. 24, Pos. 151 m.sp.Änd., bereinigte Fassung: Dz.U. 1991 Nr. 36, Pos. 161 m.sp.Änd. (im Folgenden: *polnVwVG*), geändert mit Wirkung zum 13. November 2001 durch Art. 1 Nr. 55 des Gesetzes vom 6. September 2001 über die Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes sowie einiger anderer Gesetze Dz.U. Nr. 125, Pos. 1368.

³³ Dz.U. Nr. 74, Pos. 368 m.sp.Änd., im Folgenden: *HauptVwGG*.

Sachregister

- Aktivlegitimation, *siehe* Prozesslegitimation
- Amtsermittlungsgrundsatz, 5
- andere Vermögensrechte als Forderungen, Vollstreckung in, 303 f., 306, 325
- Anhörung, *siehe* Klauselerteilungsverfahren
- Arbeitnehmer, Forderungen von ~n in der Zwangsvollstreckung, 47 f., 50, 52, 55, 62, 64, 77
- Arbeitslohn, Vollstreckung in den, 325
- Banken-Garantiefonds, Auszüge aus den Büchern des, 243 ff., 258 f.
- Forderung, titulierte, 245 ff.
 - Form, 249
 - Inhalt, 249
 - Vollstreckbarkeit, 249 ff.
- Bankgeschäfte, 159
- Bankkonten, Vollstreckung in, 303 f., 306, 325
- Bankvergleichsverfahren, 217 ff.
- Bankvollstreckungstitel, 152 ff.
- Ausschluss der Ausstellungsberechtigung, 196
 - Aussteller, 156 f.
 - Form, 196 ff.
 - Forderung, zu vollstreckende, 191 ff.
 - gegen Ehegatten, 178 ff.
 - gegen Gesamtrechtsnachfolger, 173 ff., 201 f.
 - gegen persönliche Schuldner, 159 ff., 196 ff.
 - gegen Schuldübernehmer, 167 ff., 201 f.
 - gegen Sicherungsgeber, 164 ff., 199 ff.
 - Gesetzgebungsgeschichte, 153 ff.
 - Grundlage, 156
 - Klauselerteilung, 275, 276 f., 299 f., 328 ff.
 - rechtspolitische Rechtfertigung, 203 ff.
 - Unmittelbarkeitserfordernis, 162 f., 164 ff.
 - Unterwerfungserklärung, *siehe* Unterwerfungserklärung gegenüber Banken
 - weitere Bankvollstreckungstitel, 153 f.
 - Zinsen, 912 ff.
- Bankvollziehungstitel, 153 f., 246
- Befehlsverfahren, 81, *siehe auch* Zahlungsbefehl
- Bergschäden, Vergleiche über, 218
- Berufungsausschuss, 224 ff.
- Beschlüsse des Gerichtsvollziehers, *siehe* Gerichtsvollzieher
- Beschlüsse, Klauselerteilung für, 275 f., 350
- Beschlüsse, strafgerichtliche, 85
- Beschlüsse, zivilgerichtliche, 66 ff.
- des Familien- und Vormundschaftsgerichts, 239 f.
 - Gewährung von Sicherungsmaßnahmen, *siehe* Sicherungsmaßnahmen, Beschlüsse über die Gewährung von
 - Klauselerteilung, Beschlüsse über die, 345 ff.
 - Kostenbeschlüsse, 67, 71, 77, 78, 81, 352 f.
 - Rechtskraft, 68, 71 ff., 76
 - Sicherung der Erbmasse, Beschlüsse über die, 237 ff., 258
 - vollstreckungsfähiger Inhalt, 67 f., 70 f., 74 f.
 - vorläufige Vollstreckbarkeit, 68 ff., 72 f., 76, *siehe auch* Vollstreckbarkeit, vorläufige
- Bestimmtheitserfordernis, 33 ff., 265 f.
- bewegliche Sachen, Vollstreckung in, *siehe* Fahrnis, Vollstreckung in
- Drittwiderspruchsklage, 13, 204, 315
- Duldungsvollstreckung, 233 f.
- Erbmasse, Sicherung der, *siehe* Beschlüsse, *dort unter* Sicherung der Erbmasse, Beschlüsse über die

- Erbnießbrauch, 224
- Ersatzhaft, Vollstreckung der, 235 ff., 257 f.
- Fahnris, Vollstreckung in, 304, 306, 329
- Fiskus
- besondere Voraussetzungen für die Vollstreckung gegen den, 7, 12 285 f.
 - besonderer Vollstreckungsschutz, 47, 55 f., 83
- Forderungen, Vollstreckung in, 303 f., 325
- Forderungsliste, Auszüge aus der
- Ausfertigung, 275
 - Klauselerteilung, 274 f.
 - Vollstreckbarkeit, 212 ff.
- Fremdwährungsforderungen, Titel über
- Vollstreckbarkeit, 140 f.
 - Vollstreckungsklausel, 262
- Geodät
- Entscheidungen des ~en, 149 ff.
 - Vergleiche vor dem ~en, 149 f., 152
- gerichtliche Zwangsvollstreckung
- Begriff, 6
 - praktische Bedeutung, 15 ff.
 - Rechtsgrundlagen, 4 ff.
 - Rechtsweg, 9 ff.
 - Vollstreckungsarten, 11 f., 13, 34
- Gerichtskosten, *siehe* Beschlüsse, *dort unter* Kostenbeschlüsse
- Gerichtsvollzieher, 12, 15, 17, 18, 241 ff., 258
- Erinnerung, 13, 241 f.
 - Kostenbeschlüsse, 242 f., 258
 - Ordnungsgeld, Beschlüsse über die Verhängung von, 241 f., 258
- Grundlage der Zwangsvollstreckung
- Begriff, 14
 - funktionelle Bedeutung, 2 f.
- Grundsatz der objektiven Wahrheit, 5 f.
- Güterstand, gesetzlicher
- materiellrechtliche Haftung, 301 ff.
 - Vollstreckung in das Gesamtgut im gesetzlichen Güterstand, 303 ff.
- Haftbefehl, Vollstreckung des ~s, 235 ff.
- Haftungsbeschränkungsfonds, 211 f., 272
- Handlungsvollstreckung, 232
- Immobilienvollstreckung, 12, 14, 59, 63, 304, 306, 325
- Klausel, *siehe* Vollstreckungsklausel
- Klauselerteilungsverfahren, 270 ff., *siehe auch* Vollstreckungsklausel
- allgemeine Prozessvoraussetzungen, 283 ff.
 - Amtsverfahren, 354 ff.
 - Anhörung, 282 f.
 - Antrag, 270, 273 ff., 281 ff.
 - Bankvollstreckungstitel, 272, 276 f., 299 f., 328 ff.
 - Beschluss über die Klauselerteilung, -versagung, -nichterteilung, 345 ff., 355 f., 357
 - Beweismittel, 276 ff., 296 ff., 300, 308, 310, 332, 336 f., 338
 - Frist für die Entscheidung des Gerichts, 344 f.
 - Funktion, 264 ff.
 - Gebühren, 278 f., 281 f., 353, 357
 - Kostenentscheidung, 352 f.
 - notarielle Urkunden, 271, 298 f.
 - Prozessführungsbefugnis, 279 f.
 - Prozessvoraussetzungen, 283
 - Prüfung materiellrechtlicher Fragen, 266 ff., 309, 310 f., 312 f., 314 f.
 - Sitzungstermin, 282 f., 355
 - Zahlungsbefehle, 271
 - Zuständigkeit, 270 ff., 357
- Kommission für die Kodifikation des Zivilrechts, 18 f.
- Mahnverfahren, 81 f., *siehe auch* Zahlungsbefehl
- notarielle Urkunde, *siehe* Unterwerfungserklärung, notariell beurkundete
- objektive Wahrheit, *siehe* Grundsatz der objektiven Wahrheit
- Ordnungsgeld, 68, 71, 77, 78, 80, 241 f., 258
- Prozesshandlung

- Begriff, 86 f., 117 f.
- Widerruflichkeit, 119 f.
- Prozesshandlungsvoraussetzungen, 92 f.
- Prozesslegitimation, 279 ff.
- Prozessvergleich, *siehe* Vergleich, gerichtlicher
- Prozessvoraussetzungen, allgemeine, 283 f.
- Rechtskraft, *siehe* Beschlüsse, zivilgerichtliche; Urteile, zivilgerichtliche; Zahlungsbefehle
- Rechtsschutz, vorläufiger, 73 ff.
- Schiedsurteile, 111 ff.
 - Form, 111
 - Inhalt, 111 f.
 - Klauselerteilung, 271 f., 286 f.
 - Vollstreckbarkeitsentscheidung, 112 f., 286 f.
- Schiedsverfahren, 110 f.
- Schiedsvergleiche, 113 f.
 - Form, 113 f.
 - Inhalt, 114
 - Klauselerteilung, 271 f., 286 f.
 - Vollstreckbarkeitsentscheidung, 114
- Schlichtungsausschüsse, betriebliche, 210 f., 350
- Schlichtungsausschuss, Gesellschaftlicher, 211
- Seeschiffe, Vollstreckung in, 304, 306
- Sicherungsmaßnahmen, Beschlüsse über die Gewährung von, 73 ff.
 - Rechtskraft, 76
 - Sicherungsvollstreckung in das Gesamtgut, 305
 - Vollstreckungsklausel, 240, 256 f.
 - Vollstreckungsfähigkeit, 74 ff.
 - vorläufige Vollstreckbarkeit, 76 f.
- Sicherungstitel, 229 f.
- Sicherungsvollstreckung, *siehe* Sicherungsmaßnahmen, Beschlüsse über die Gewährung von
- Titel, vollstreckbarer, *siehe* vollstreckbarer Titel
- Unterhaltsforderungen, Vollstreckung wegen, 50, 56 f., 61 ff., 64, 77, 142, 279, 355
- Unterlassungsvollstreckung, 233 f., 252 ff.
- Unterwerfungserklärung gegenüber Banken, 179 ff., 276
 - Blanko-Unterwerfungserklärung, 186
 - Erforderlichkeit, 179 ff.
 - Forderung, zu vollstreckende, 183 ff.
 - Form, 182
 - Frist für Antrag auf Klauselerteilung, 188 f.
 - von persönlichen Schuldnern, 183 ff.
 - von Sicherungsgebern, 189 f.
 - wegen Herausgabeansprüchen, 186 f., 190
 - wegen Zahlungsansprüchen, 183 ff., 189
 - Wirksamkeitsvoraussetzungen, allgemeine, 181 f.
 - Zustimmungserfordernisse, 190 f.
- Unterwerfungserklärung, notariell beurkundete, 114 ff., 257, 275, 298 f., 294
 - Bedingungen für Vollstreckbarkeit, 146 f., 294
 - Beschränkungen der Vollstreckbarkeit, 127 ff.
 - Ehegatte, Zustimmung des ~n, 138
 - Forderung, zu vollstreckende, 130 ff.
 - Form, 123
 - Frist für Antrag auf Klauselerteilung, 146 f.
 - Frist für Vollstreckbarkeit, 143 ff.
 - Gesetzgebungsgeschichte, 137
 - Gläubiger, Mitwirkung des ~s, 133 ff.
 - Inhalt, 124 ff., 143 f.
 - Klauselerteilung, 261, 275, 275, 298 f.
 - Parteien, 126 f.
 - praktische Bedeutung, 115 f.
 - rechtsdogmatische Einordnung, 116 ff.
 - Vollstreckungsklausel, 257, 298 f.
 - wegen Ansprüchen aus dinglichen Sicherungsrechten, 147 ff.
 - wegen Forderungen auf Zahlung einer Geldsumme, 139 ff.
 - wegen Forderungen auf Zahlung eines Höchstbetrages, 145 ff.

- wegen Herausgabeansprüchen, 139, 142
- Wirksamkeitsvoraussetzungen, allgemeine 121 f.
- Urteile, Klauselerteilung für, 275 f., 350
- Urteile, strafrechtliche, 84 f., 271
- Urteile, zivilrechtliche, 39 ff., 294 ff.
 - Rechtskraft, 42 ff.
 - Urteilsarten, 40
 - vollstreckungsfähiger Inhalt, 40 ff.
 - vorläufige Vollstreckbarkeit, 44 ff., *siehe auch* Vollstreckbarkeit, vorläufige
- Verfahrenskosten, *siehe* Beschlüsse, *dort* Kostenbeschlüsse; *siehe auch* Zwangsvollstreckungsverfahren, *dort* Verfahrenskosten
- Vergleich, gerichtlicher, 85 ff., 274 f., 294
 - Arbeitnehmer als Partei, 102
 - Aufhebung durch Parteien, 106 ff.
 - Ausfertigung, 274 f.
 - Bedingungen im Vergleich, 104 f., 293 f.
 - Einstellungsbeschluss, 105 ff.
 - Form, 93
 - gegenseitiges Nachgeben, 97 f.
 - gerichtliche Prüfung, 98 ff.
 - Gläubigeranfechtung, 108 f.
 - Klauselerteilung, 274, 275, 350
 - materielle rechtliche Elemente, 88 ff.
 - Parteien, 91 ff.
 - Prozesshandlungen, 86 f., 92 f., 96 ff.
 - rechtsdogmatische Einordnung, 86 ff.
 - Rücktrittsrecht, 96 f.
 - Strafverfahren, 110
 - Verfahrensart, 90 f.
 - Verfahrenszusammenhang, 94 ff.
 - Vergleichsfähigkeit, 94
 - vollstreckungsfähiger Inhalt, 104
 - Widerrufsvorbehalt, 96 f.
 - Wirksamkeitsschranken, 99 ff.
 - Zweigliedrigkeit, 88 f.
- Vermögensausschuss, 227
- Vermögensrechte, *siehe* andere Vermögensrechte als Forderungen, Vollstreckung in
 - Verwaltungsvollstreckung, 8, 220
 - Verwaltungsvollziehungstitel, 10
 - vollstreckbarer Titel
 - Begriff, 29 ff.
 - Bestimmtheit, 33 ff.
 - „gegen jedermann“, 342 ff.
 - Inhalt, fakultativer, 35 ff.
 - Inhalt, notwendiger, 33 ff.
 - numerus clausus, 36
 - Vollstreckbarkeit, vorläufige, 44 ff., 68 ff., 72 f., 76
 - Anordnung durch Gericht, 49 ff., 54 ff., 58 f., 73
 - Beschlüsse, *siehe unter* Beschlüsse, strafgerichtliche; Beschlüsse, zivilgerichtliche
 - Ende, 65 ff.
 - Hinderungsgründe für gerichtliche Anordnung, 54 ff.
 - kraft Gesetzes, 45 ff., 69 f., 72 f., 76
 - Sicherheitsleistung, 284 f.
 - Urteile, *siehe unter* Urteile, strafgerichtliche; Urteile, zivilgerichtliche
 - Vollstreckungsschutz, 59 ff., 76 f.
 - Voraussetzungen für gerichtliche Anordnung, 49 ff.
 - Zweck, 44 f.
 - Vollstreckungsgegenklage, 13, 295 f., 308, 313, 315
 - Vollstreckungsgericht, 12
 - Vollstreckungsklausel, *siehe auch* Klauselerteilungsverfahren
 - Änderung der Parteibezeichnung, 391 f.
 - Begriff, 260 ff., 268 f.
 - Eintritt eines Ereignisses als Voraussetzung, 288 ff.
 - Entbehrlichkeit, 228 ff., 253 ff.
 - Form, 260 f., 350 ff.
 - Fristablauf als Voraussetzung, 285 f., 291 ff., 297, 299
 - Funktion, 263 ff.
 - gegen den Ehegatten, 300 ff.
 - gegen persönlich haftende Gesellschafter, 339 ff.
 - gegen Rechtsnachfolger, 315 ff., 320 ff., 326 ff.
 - Haftungsbeschränkungen, 267, 313
 - Inhalt, 261 f., 262 ff., 351 ff.
 - Kalendertageintritt als Vorausset-

- zung, 292, 296 f.
- Sicherheitsleistung als Voraussetzung, 284 f.
- Titel über periodische Leistungspflichten, 293 f.
- , titelergänzende, 288 ff.
- , titelübertragende, 300 ff.
- Übergang der Verfügungsbefugnis, 317 ff., 320 ff.
- Unternehmens- oder Betriebserwerb, 332 ff.
- Vollstreckbarerklärung von Schiedsurteilen als Voraussetzung, 286 f.
- Wiederaufnahme der Arbeit durch Arbeitnehmer als Voraussetzung, 298
- Vollziehung, Begriff der, 8
- Vollziehungstitel,
 - Begriff, 2 f. 13
 - erneute Ausstellung, 362 ff.
 - , weitere, 202 f., 358 ff.
- Willenserklärungen, Vollstreckung wegen Ansprüchen auf Abgabe von, 291
- Wirtschaftsarbitrage, 15
- Zahlungsbefehl, 81 ff.
 - Begriff, 81
 - Entbehrlichkeit der Vollstreckungs-
 - klausel, 229 f., 257
 - Klauselerteilung, 271, 350
 - Rechtskraft, 82 f.
 - Vollstreckungsfähigkeit, 82 f.
 - vorläufige Vollstreckbarkeit, 83
 - zivilrechtliche Forderungen, Vollstreckbarkeit von, 9 ff., 218 ff.
 - Zug-um-Zug-Leistung in der Zwangsvollstreckung, 289 ff.
 - Zwangsgeld, 68, 71, 77, 78, 80, 232 ff., 257 f.
 - Zwangsverwalter, Einweisung des ~s, 230 f., 257
 - Zwangsvollstreckung, *siehe auch* gerichtliche Zwangsvollstreckung
 - Begriff, 7
 - , Grundlage der, *siehe* Grundlage der Zwangsvollstreckung
 - Ziel, 8 f.
 - Zwangsvollstreckungsverfahren
 - Begriff, 6 f.
 - Einleitung, 12 f.
 - im engeren Sinne, 7
 - im weiteren Sinne, 6 f.
 - Rechtsnachfolge nach Einleitung, 324 ff.
 - Verfahrenskosten, 17, 242 f., 258
 - Zuständigkeit, 12

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ady, Johannes*: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Bartnik, Marcel*: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128*.
- Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang*: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H*.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Dilger, Jörg*: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dohrn, Heike*: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
– (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobniq und Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobniq, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisele, Ursula S.*: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121*.

- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fetsch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Förster, Christian*: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101*.
- Forkert, Meinhard*: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118*.
- Freitag, Robert*: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fricke, Verena*: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Gansauge, Niklas*: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126*.
- Godl, Gabriele*: Notarhaftung im Vergleich. *Band 85*.
- Goitwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Graf, Ulrike*: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzscheidungen. 2003. *Band 113*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Grolimund, Pascal*: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Handorn, Boris*: Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. *Band 141*.
- Hartenstein, Olaf*: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Hellmich, Stefanie*: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84*.
- Hellwege, Phillip*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130*.
- Hinden, Michael von*: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74*.
- Hippel, Thomas von*: Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78*.
- Janssen, Helmut*: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79*.
- Jeremias, Christoph*: Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. *Band 150*.
- Jung, Holger*: Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77*.
- Junge, Ulf*: Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100*.
- Kadner, Daniel*: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76*.

- Kannengießer, Matthias N.:* Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63.*
- Kapnopoulou, Elissavet N.:* Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53.*
- Karl, Anna-Maria:* Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33.*
- Karl, Matthias:* siehe *Veelken, Winfried.*
- Kern, Christoph:* Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135.*
- Kircher, Wolfgang:* Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65.*
- Klauer, Stefan:* Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99.*
- Kleinschmidt, Jens:* Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117.*
- Kliesow, Olaf:* Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87.*
- Köhler, Martin:* Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111.*
- Koerner, Dörthe:* Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44.*
- Kopp, Beate:* Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55.*
- Kronke, Herbert:* Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1.*
- Landfermann, Hans-Georg:* Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18.*
- Leicht, Steffen:* Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82.*
- Linhart, Karin:* Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. *Band 147.*
- Linker, Anja Celina:* Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75.*
- Lohmann, Arnd:* Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2004. *Band 119.*
- Lorenz, Verena:* Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140.*
- Lüke, Stephan:* Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105.*
- Meier, Sonja:* Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68.*
- Melin, Patrick:* Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137.*
- Minuth, Klaus:* Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliärerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24.*
- Mistelis, Loukas A.:* Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73.*
- Mörsdorf-Schulte, Juliana:* Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67.*
- Morawitz, Gabriele:* Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27.*
- Müller, Achim:* Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125.*
- Nemec, Jiri:* Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54.*
- Neumann, Nils:* Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142.*
- Neunhoffer, Friederike:* Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. *Band 146.*
- Niklas, Isabella Maria:* Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. *Band 106.*
- Pattloch, Thomas:* Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103.*

- Peinze, Alexander:* Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92.*
- Pfeil-Kammerer, Christa:* Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17.*
- Plett, K. und K.A. Ziegert (Hrsg.):* Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11.*
- Pißler, Knut B.:* Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127.*
- Reichert-Facilides, Daniel:* Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46.*
- Reiter, Christian:* Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89.*
- Richter, Stefan:* siehe *Veelken, Winfried.*
- Rohe, Mathias:* Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43.*
- Rothoefl, Daniel D.:* Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122.*
- Rühl, Giesela:* Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123.*
- Rusch, Konrad:* Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. *Band 109.*
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von:* Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22.*
- Sandrock, Andrea:* Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104.*
- Schärfl, Christoph:* Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145.*
- Schepke, Jan:* Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62.*
- Scherpe, Jens M.:* Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96.*
- Schilf, Sven:* Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138.*
- Schimansky, Annika:* Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112.*
- Schlichte, Johannes:* Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. *Band 144.*
- Schmidt, Claudia:* Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31.*
- Schmidt-Parzefall, Thomas:* Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47.*
- Schnyder, Anton K.:* Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20.*
- Scholz, Ingo:* Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61.*
- Seibt, Christoph H.:* Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42.*
- Seif, Ulrike:* Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52.*
- Sieghörtner, Robert:* Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93.*
- Siehr, Kurt:* siehe *Dopffel, Peter.*
- Solomon, Dennis:* Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124.*
- Sonnentag, Michael:* Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86.*
- Spahlinger, Andreas:* Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64.*
- Stegmann, Oliver:* Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120.*
- Stiller, Dietrich F.R.:* Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19.*
- Takahashi, Eiji:* Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38.*

- Tassikas, Apostolos*: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114*.
- Thiele, Christian*: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Trulsen, Marion*: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4*.
 - Band 2. 1983. *Band 9*.
 - Band 3. 1990. *Band 25*.
 - Band 4. 1990. *Band 26*.
 - Band 5. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Witzleb, Normann*: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94*.
- Wu, Jiin Yu*: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71*.
- Wurmnest, Wolfgang*: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102*.
- : siehe *Basedow, J.*
- Zeeck, Sebastian*: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108*.
- Ziegert, K.A.*: siehe *Plett, K.*